Die wachsende Kluft von Arm und Reich als Gefahr für die Republik

Bernhard Schäfers

Neue Probleme – neue Gesellschaftsbegriffe

Einzelne Problemfelder der Gesellschaft herauszugreifen und mit entsprechenden Begriffen zu versehen, ist nicht neu. Bereits vor 20 Jahren fragte Armin Pongs: „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“. In seiner Darstellung damals kursierender Gesellschaftsbegriffe kam er auf 24, darunter „Risikogesellschaft“ von Ulrich Beck (München 1999 und 2000). Ja, in welcher Gesellschaft leben wir? Ist es „Die Gesellschaft des Zorns“ (vgl. hierzu GWP4/2019: 565ff.) oder eine „zerrissene Republik“, wie Christoph Butterwegge meint? Weder noch. Beide Titel sind irreführend, weil sie in Aufsehen beanspruchender Form bestimmte Tatsachen als *pars pro toto* nehmen.

Mit „Republik“ wird von Butterwegge der Staat, zumal der Sozialstaat, in den Fokus gerückt. Das umfangreiche Werk ist aber zugleich eine sozialstrukturell basierte Gesellschaftsanalyse und -geschichte der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Hauptaugenmerk auf die nach seiner Auffassung das Staats- und Gesellschaftssystem mehr und mehr gefährdende soziale Ungleichheit und wachsende Armut.

Christoph Butterwegge, 1951 im münsterländischen Albersloh geboren, war von 1998 bis 2016 Professor für Politische Wissenschaft an der Kölner Universität. Seit Jahrzehnten gehören Armut und Armutsentwicklung, soziale Ungleichheit und die Entwicklung des Sozialstaats zu seinen Forschungsthemen. Butterwegge steht der Partei *Die Linke* nah, die ihn 2017 als ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufstellte (was, ungewöhnlich genug, im Impressum hervorgehoben wird).

Das Werk im Umfang von 414 Seiten gliedert sich in folgende Kapitel:

o. Prof. Dr. Bernhard Schäfers
Karlsruher Institut für Technologie
Institut für Soziologie

Christoph Butterwegge (Hrsg.)
Die zerrissene Republik: Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland. Weinheim, 2020

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 69. Jahrg., Heft 1/2020, S. 123-127
https://doi.org/10.3224/gwp.v69i1.14

1. Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit
2. Untersuchungen zur (west)deutschen Sozialstruktur zwischen seriöser Empirie und purer Ideologie
3. Sozialstrukturentwicklung und Diskurskonjunkturen der Ungleichheit
4. Erscheinungsformen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit
5. Entstehungsursachen und Entwicklungstendenzen der Ungleichheit: Prekarisierung, Pauperisierung und Polarisierung
6. Konturen und Perspektiven einer zerrissenen Republik

Dimensionen und Theorien sozialer Ungleichheit

Das Bild auf dem Buchumschlag zeigt eine Waage, in deren einer Schale einige Münzen liegen und in der anderen mehrere Bündel Banknoten – Symbole für die Ärmsten und Reichsten und die vorherrschende soziale Ungleichheit. Diese wird nach Butterwegge vor allem „systemisch", also durch verfehltes (Sozial)Staatshandeln, verursacht und ist auf drei miteinander eng verknüpfte Erscheinungsformen zurückzuführen:

Wirtschaftliche Ungleichheit ist gegeben, „wenn die ökonomischen (Macht-)Strukturen eine Verteilungsschieflage beim Einkommen und/oder Vermögen hervorbringen, die bestimmte Personengruppen hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen privilegiert und andere diskriminiert".

Von *sozialer Ungleichheit* wird gesprochen, „wenn gesellschaftliche Normen, Strukturen und/oder Institutionen bestimmte Personengruppen im Hinblick auf die Stellung oder den Status ohne sachlichen Grund benachteiligen, andere hingegen ohne sachlichen Grund bevorzugen".

Politische Ungleichheit liegt vor, „wenn nicht alle Bürger/innen eines (demokratisch verfassten) Landes über dieselben Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und Personalentscheidungen verfügen" oder sie aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen (S. 12).

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit werden, da beide nur schwer voneinander zu trennen seien, als „sozioökonomische Ungleichheit" zusammengefasst. Sie führen nach Butterwegges Auffassung „zwangsläufig auch zu politischer Ungleichheit".

Nach Definitionen zu Armut und Reichtum (S. 17ff.) folgt ein Überblick zu Theorien sozialer Ungleichheit, beginnend mit Jean-Jacques Rousseaus berühmter „Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen" (1755). Auch Georg Friedrich Wilhelm Hegels einflussreiche Darstellung über Arm und Reich in seiner Philosophie des Rechts (der ersten bündigen Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, 1820), wird einbezogen. Die Klassentheorie von Karl Marx und Friedrich Engels ist, in stets kritischer Auseinandersetzung, für das vorliegende Werk der wichtigste Bezugsrahmen.

Ausführungen zur Schichtungstheorie von Theodor Geiger, der sie mit einer empirischen Untersuchung aus dem Jahr 1932 („Die soziale Schichtung des deutschen Volkes") allererst begründete, und zu dessen Werk, „Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel" (1949), leiten letztlich über zu den hitzig geführten Diskussionen in der frühen Bundesrepublik: Sind wir noch eine Klassengesellschaft oder bereits auf

dem Weg zu einer differenzierten Schichtungsgesellschaft bzw. zu einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft", wie Helmut Schelskys bekannte These (1953) lautete? Diese Auseinandersetzungen werden von Butterwegge breit belegt und kommentiert.

Die Entwicklung der sozioökonomischen Ungleichheit

Die im Mai 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland wurde von Beginn an wirtschaftlich und sozial dominiert durch die im Juni 1948 vorausgegangene Währungsreform für die drei Westzonen. Hinsichtlich ihrer Vermögensverteilung und Besonderheiten beim Geldumtausch waren die Weichen der sozioökonomischen Entwicklung, so Butterwegge, von vornherein falsch gestellt. Hauptverantwortlich für die Durchführung der Währungsreform war der Direktor der Wirtschaftsveraltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, Ludwig Erhard, ab 1949 langjähriger Wirtschaftsminister der von Konrad Adenauer geführten Bundesregierung.

Die Akzeptanz der jungen Republik beruhte auch auf der „Sozialen Marktwirtschaft" als gesellschaftspolitischem Leitbild und ihren spürbaren Erfolgen. Butterwegge erwähnt zwar diesen Begriff, aber nicht dessen Urheber, den Münsteraner Professor für Volkswirtschaft, Alfred Müller-Armack, und welche Programmatik dieser damit verband. Natürlich, so möchte man hier und bei folgenden Ausführungen kommentieren, gab es weiterhin Arme und sozial sehr schwach gestellte Personengruppen. Aber Erhards Ziel, „Wohlstand für alle" zu schaffen, wurde in den 1960er Jahren für den Großteil der Bevölkerung erreicht, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. So konnte Arnold Gehlen spöttisch kommentieren: „Die Reichen werden immer reicher, und die Armen werden es auch".

Tabellen hierzu, z.B. den hohen Zustimmungsquoten in der Bevölkerung zur politischen, ökonomischen und sozialstaatlichen Entwicklung, hätten diesen Aufschwung, auch als „Wirtschaftswunder" bezeichnet, veranschaulichen können. Aber im Werk findet sich keine einzige, auch kein Schaubild, z.B. zur sozialen Schichtung mit den jeweiligen Anteilen von Arm und Reich. Daten aus empirischen Untersuchungen im Text sind kein Ersatz.

Besonders auffällig ist das im Unterkapitel „Bildungsungleichheit, ‚Bildungsarmut' und Bildungsreichtum" (S. 226ff.; das im letzten Jahr von Gudrun Quenzel und Klaus Hurrelmann herausgegebene „Handbuch Bildungsarmut" wird in die Argumentation einbezogen). Das Kapitel gibt zwar einen guten Überblick zum aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand, ermangelt aber der empirischen Veranschaulichung. Das ist bedauerlich, weil sich durch die Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren die westdeutsche Sozialstruktur stark veränderte, wie Butterwegge zu Recht hervorhebt (S. 239). Die jetzige „staatliche Austeritätspolitik, durch die das öffentliche Bildungswesen vielerorts in einen katastrophalen Zustand geraten ist" (S. 237), wird als eine der Ursachen für eine neue Bildungsmisere und Pauperisierung kritisch hervorgehoben.

Zum „Staatssozialismus à la DDR" (S. 172ff.) wird deutlich Stellung bezogen. Dieser habe zweifelsohne zu „mehr Gleichheit auf einem niedrigeren Wohlstandsniveau" geführt, auch wenn die Gleichheit durch Privilegien für Funktionäre und Par-

teimitglieder auf der einen Seite und sozial schwach gestellte Rentner auf der anderen vielfach unterlaufen wurde. Fazit Butterwegges: Ein (relativ) geringes Ausmaß sozioökonomischer Ungleichheit bedeute nicht zwangsläufig die Verwirklichung eines Maximums an sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und staatsbürgerlicher Freiheit. An diesen Grundlagen fehlte es in der DDR-Gesellschaft.

Für die westdeutsche Entwicklung sieht Butterwegge das Hauptübel in der vom Neoliberalismus dominierten „US-Amerikanisierung", nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Gesellschaft (S. 254ff.). Die Instrumente dafür wurden durch die Amerikanisierung des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsstaates, vor allem im Zuge der von Bundeskanzler Gerhard Schröder durchgesetzten „Agenda 2010" und die damit verbundene Einführung der Hartz-Gesetze, geschaffen. Damit sei eine „Abwertung, Ökonomisierung und Privatisierung des Sozialen" einhergegangen (S. 271ff.).

Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse habe die Sicherheit des Arbeitsplatzes unterlaufen; sie führe zu Ermüdungs- und Erschöpfungserscheinungen (S. 330). Das habe fatale Auswirkungen auf das Familien- und Eheleben, die Gesundheit und die Lebenserwartung der prekär Beschäftigten. Auch die „gesundheitliche Ungleichheit" (S. 243f.) hätte mit empirischen Belegen aus nationalen und internationalen Untersuchungen veranschaulicht werden können, um noch deutlicher zu machen, wie gravierend das Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse von Arm und Reich inzwischen ist. Der „digitale Finanzkapitalismus" und die Globalisierung haben diese Entwicklungen verschärft, sind aber nach Butterwegge nicht ursächlich.

Inclusiver Sozialstaat und Bürgerversicherung als Abhilfe

Rechtfertigen diese Entwicklungen, Hartz IV als „Symbol für soziale Demontage, Verarmung und Verelendung" zu bezeichnen (S. 286ff.) oder von einer „Verhöhnung der sozial Benachteiligten in der Hartz-IV-Gesellschaft" (S. 365ff.) zu sprechen? Diese und viele andere dramatisierende Wertungen sind überflüssig, weil die mitgeteilten Fakten für sich selbst sprechen.

Was kann der „inclusive Sozialstaat" gegen diese Entwicklungen unternehmen? Inklusion sei nicht nur ein „systemtheoretischer Schlüsselbegriff und ein (sozial)pädagogisches Prinzip", sondern in einem sehr viel umfassenderen Sinne als gesellschaftspolitisches Kernparadigma zu verstehen (S. 397). Ziel des gesellschaftlichen Umbaus sollte nach Butterwegge ein „inclusiver Wohlfahrtsstaat" sein, der eine gleichberechtigte Partizipation aller Wohnbürger/innen am gesellschaftlichen Reichtum wie am sozialen, politischen und kulturellen Leben ermögliche. Das könne ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht leisten, da es die sozioökonomische Ungleichheit nicht abschaffe, sondern zementieren und womöglich verschärfen würde.

Stattdessen empfiehlt Butterwegge eine *allgemeine, einheitliche und solidarische* (kursiv im Orig.) Bürgerversicherung, die durch „Abschöpfung des Reichtums" (S. 401ff.) ermöglicht werden soll. *Allgemein* soll heißen, dass die Bürgersozialversicherung alle dafür geeigneten Versicherungszweige umfasst und es private Versicherungen nicht

mehr geben dürfe. Die Bürgerinnen und Bürger werden ohne Ausnahme als eine Solidargemeinschaft begriffen, die „ein hohes Maß an Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich" verbürge. – Ist dieser Vorschlag gesellschaftspolitisch nicht völlig unrealistisch, auch weil er ein Zuviel an Zwang zur Gleichheit und Solidarität voraussetzt?

Abschließende Bemerkungen

Die Dichotomie von kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaft, in der Butterwegge wissenschaftlich und politisch sozialisiert wurde, gehört zu den Prämissen der Untersuchung: Ungleichheit ist ein konstitutives Merkmal jeder kapitalistischen Gesellschaft. Sie sei für diese insofern nützlich, als die Armut wie eine Drohkulisse und als Disziplinierungsinstrument wirke, während der Reichtum als Leistungsanreiz, Lockmittel und Belohnung für aufstiegsorientierte Gruppen der Bevölkerung erscheine. Dies sei der Kern des US-amerikanischen Neoliberalismus. Das zieht sich wie ein Leitfaden durch die Ausführungen, die den Weg zur „zerrissenen Republik" markieren. Andere Standpunkte sind „pure Ideologie" (vgl. die Überschrift zu Kap. 2 und die entsprechenden Ausführungen zu einzelnen Autoren und Gesellschaftsbegriffen, S. 64ff.).

Ist Armut wirklich „für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich", weil sie „unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen" diszipliniert, wie es gleich einleitend (S. 17) heißt? Ist das nicht krudester Marxismus, ein „ökonomistischer" (S.14) Standpunkt, dem Butterwegge eigentlich nicht aufsitzen möchte: Karl Marx, Friedrich Engels und „alle seriösen Anhänger" ihrer Theorie hätten immer die relative Autonomie und die funktionale Eigengesetzlichkeit des geistig-politischen Überbaus hervorgehoben.

Sieht man von unnötigen Wertungen und Forderungen ab, hat Butterwegge eine materialreiche, für das Thema der sozioökonomischen und politischen Ungleichheiten und die damit verbundenen Entsolidarisierungseffekte in Staat und Gesellschaft wichtige Untersuchung vorgelegt. Abhilfe von der Zerrissenheit der Republik, die im unterstellten Ausmaß im sozioökonomischen und politischen Bereich nicht gegeben ist, wie durch Daten aus der Wahlforschung und anderen Quellen belegt werden könnte, schafft nicht der kaum durchsetzbare „inclusive Wohlfahrtslstaat".

Verbesserungen anzumahnen und sozialstaatlich Vorsorge zu treffen, wie das Auseinanderdriften von Arm und Reich gestoppt werden kann, ist Aufgabe der Gesellschaftspolitik. Neu zu fundieren sind Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat und jenen Institutionen, die rechtsstaatliche Garantien und Freiheit für alle verbürgen – Einstellungen, die ohne Ausgrenzungen und Diskursverweigerungen, ohne Hass in den Netzen und mit Respekt für die Amtsinhaber staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen täglich das allgemeine Wohl der Republik und des Gemeinwesens befördern.